

## DEUTSCHE WIRTSCHAFT

### DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM FRÜHSOMMER 1968

„Der Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik gewinnt allmählich die breitere Basis, die für eine gesicherte Expansion unerlässlich ist.“ Mit dieser Feststellung leitet das Bundeswirtschaftsministerium seinen jüngsten, Ende Juni herausgegebenen Bericht über die Wirtschaftslage ein<sup>1)</sup>, und es heißt weiter: „Zur bisher isolierten Investitionskonjunktur, die nur vom Staat und einer — mit Unsicherheitsfaktoren belasteten — Ausfuhr gestützt war, tritt nunmehr eine lebhaftere Entwicklung auch des privaten Verbrauchs . . . Damit erhält die Investitionskonjunktur die notwendige Absicherung, ohne die sie auf längere Sicht gesehen zum Erlahmen verurteilt gewesen wäre.“

1) Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik im April 1968.

*Für 1968 wird ein Wirtschaftswachstum von 5 vH erwartet*

Zur Jahresmitte wird die wirtschaftliche Entwicklung optimistischer beurteilt als zu Beginn des Jahres. Die bessere Beurteilung hat die Bundesregierung zu einer Revision ihrer Jahresprojektion 1968<sup>2)</sup> veranlaßt. Obereinstimmend mit den Wirtschaftsforschungsinstituten<sup>3)</sup> erwartet sie nunmehr für dieses Jahr eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate von *real* — 5 vH statt 4 vH. *Nominal* — ohne Berücksichtigung der Preiserhöhungen — wird geschätzt, daß das Sozialprodukt 1968 um knapp 7 vH höher sein wird als 1967. Zu dieser günstigeren Entwicklung werden vor allem die Lagerinvestitionen beitragen: In ihrer Jahresprojektion nahm die Bundesregierung an, daß sich die Vorräte der Wirtschaft in diesem Jahr um 5,5 Mrd. DM erhöhen werden; jetzt rechnet sie mit rund 7 Mrd. DM (1967 hatten sich die Vorräte um 4 Mrd. DM vermindert). Aber auch bei den Anlageinvestitionen (Bauten und Ausrüstungen) wird

2) Siehe GM, H. 4/1968, S. 207 ff.

3) Siehe GM, H. 6/1968, S. 362 ff.

mit + 8 vH (statt + 7 vH) eine stärkere Zunahme erwartet. Die Aussichten des privaten Verbrauchs werden jetzt ebenfalls etwas günstiger angesehen als am Jahresanfang; die Zunahme wird nunmehr auf 4,5 vH (statt 4 vH) geschätzt.

*Lohn- und Gehaltserhöhungen sind zu niedrig*

Diese Rechnung kann allerdings nur dann aufgehen, wenn die Löhne und Gehälter im weiteren Verlauf des Jahres stärker zunehmen als im 1. Halbjahr. Die schwächsten Stellen im derzeitigen Konjunkturbild sind die Lohn- und Gehaltserhöhungen, die konjunkturpolitisch zu niedrig sind. Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller sieht hierin eine Gefahr für den weiteren Wirtschaftsaufschwung. Vor dem Wirtschaftsbeirat der bayerischen SPD erklärte er Ende Juni in München: „Wir brauchen Tariflohnsteigerungen von 4 bis 5 vH. Die bisherigen Abschlüsse liegen im Schnitt bei 3,8 vH.“ Das bedeutet, daß die Abschlüsse im 2. Halbjahr im Durchschnitt bei 6 vH liegen müßten; erst dann würde — auf das ganze Jahr bezogen — der Spielraum ausgefüllt, den die Bundesregierung in ihrer Projektion für Lohnerhöhungen abgesteckt hat. In der gegenwärtigen Situation wäre sogar eine noch stärkere Zuwachsrage ohne Gefahr für den Geldwert. Der Wirtschaftsaufschwung auf breiter Basis kann jedenfalls nur dann Bestand haben, wenn die Löhne und Gehälter stärker als bisher expandieren. „Nur wenn sich über eine steigende Beschäftigung und — damit zusammenhängend — steigende tarifliche oder übertarifliche Bezahlung der Arbeitnehmer eine kräftige Beschleunigung im Wachstum der Arbeitseinkommen einstellt, sind von unzureichender Verbrauchsentwicklung ausgehende Konjunkturrückschläge im weiteren Jahresverlauf zu vermeiden.“ Diese Ansicht vertritt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinem neuesten Bericht zur Wirtschaftslage (Wochenbericht des Instituts vom 20. 6. 1968). „Sollten hierfür nicht bald zuverlässige Anzeichen sichtbar werden, müssen sich die wirtschaftspolitischen Instanzen auf verbrauchsfördernde steuerpolitische Maßnahmen einstellen.“

Die revidierte Jahresprojektion 1968 ist Teil der vom Bundeswirtschaftsministerium korrigierten und bis 1972 reichenden Zielprojektion der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung bis 1972. Danach soll die Wirtschaftspolitik anstreben, daß das reale Sozialprodukt 1972 um fast ein Viertel höher sein wird als 1967. Die jährlichen Wachstumsraten sind im Durchschnitt mit *real* 4,4 vH und *nominal* 6 vH angesetzt.

*Gute Auftragsentwicklung*

Doch zurück zur gegenwärtigen Wirtschaftslage. Im April<sup>4)</sup> konnte die Industrie ein um 26 vH größeres Auftragsvolumen aus dem *Inland* verbuchen als ein Jahr zuvor. Gegenüber April 1966 stiegen die Aufträge um 13 vH. Die *Auslandsnachfrage* stieg im Zweijahresvergleich — mengenmäßig — sogar um 40 vH; gegenüber April 1967 erhöhte sich die *Auslandsnachfrage* um 24 vH. „Damit erhält die Industrie das erste Auftragspolster, das die Voraussetzung für gesicherte Produktionspositionen ist“, schreibt hierzu Prof. Bruno Gleitze in seinem Konjunkturbericht im Juni-Heft der Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI).

Von einer Übersteigerung der Konjunktur kann jedoch keine Rede sein. Die am Konjunkturtest des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung beteiligten Industrieunternehmen meldeten im April 1968 eine Auslastung ihrer Kapazitäten von 84 vH der betriebsüblichen Höchstauslastung. Ein Jahr zuvor betrug der Auslastungsgrad zwar nur 77 vH — und 79 vH im Jahresdurchschnitt 1967 —, er war aber immer noch merklich niedriger als vor der Rezession. Daß der Auslastungsgrad von den Unternehmern noch als zu niedrig empfunden wird, ergab auch der neueste Investitionstest des Ifo-Instituts, an dem sich 4740 Unternehmen, auf die rund 60 vH der industriellen Investitionen entfallen, beteiligten. Im Vordergrund steht eindeutig die Rationalisierung als Motiv für die Investitionen, während die Kapazitätserweiterung nur wenig genannt wurde. Auf Grund des Testergebnisses erwartet das Ifo-Institut für dieses Jahr eine Zunahme der Brutto-Anlageinvestitionen in der Industrie um 6 vH auf rund 22 Mrd. DM. Damit ist der starke Rückgang der industriellen Investitionen im vergangenen Jahr um 15 vH allerdings noch nicht ausgeglichen.

Die verbesserte Kapazitätsauslastung — von 77 vH auf 84 vH binnen Jahresfrist — hat zu einer ungewöhnlich hohen Produktivitätssteigerung geführt. Das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde ist in der Industrie zur Zeit um rund ein Zehntel größer als vor einem Jahr. Da die Löhne und Gehälter gleichzeitig nur um 3 bis 4 vH stiegen, sind die Lohnkosten je Produktionseinheit erheblich gesunken, und die Gewinne haben sich dementsprechend stark erhöht. In seiner Jahresprojektion 1968 hat das Bundeswirtschaftsministerium auch das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen neu vorausgeschätzt. Die Zuwachsrage wird jetzt mit

4) Dieser Bericht wurde am 5. Juli 1968 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie sowie über den Außenhandel nur bis zum Monat April 1968 vor.

nicht weniger als 12,5 vH angenommen. Die Nettoeinkommen nehmen — wegen der Verzögerung im steuerlichen Veranlagungsverfahren — noch stärker zu. Bei der Bruttolohn- und -gehaltssumme wird dagegen nur eine Zunahme um rund 5 vH erwartet.

#### *Hohe Gewinne — Vorleistung der Arbeitnehmer*

Diese unterschiedliche Entwicklung kommentiert Prof. Gleitze in seiner Konjunkturberichterstattung (WWI-Mitteilungen, Heft 6/1968) so: „Die anhaltende Leistungssteigerung je Arbeitsstunde mit einer Jahresrate von über zehn Prozent, der im ersten Halbjahr nur wenige Prozent effektive Lohnkostenerhöhungen gegenüberstehen, hat für die Mehrzahl der Betriebe inzwischen eine Gewinnmarge entstehen lassen, die weit überdurchschnittlich ist und die die Produzenten zu neuen Investitionen anreizt. Die bisher zurückhaltenden Lohnbeveregungen wirken daher als konjunkturbedingte Vorleistung der Arbeitnehmerschaft, die über die rasch verbesserte Selbstfinanzierung der Betriebe zwangsläufig ihren Anteil an der Investitionsfinanzierung beitragen.“

Prof. Gleitze ist davon überzeugt, daß sich die Schere zwischen Lohn- und Gewinnentwicklung bald schließen wird: „Gewinnmaximierung zieht erfahrungsgemäß bald sich anpassende Lohn- und Gehaltserhöhungen nach sich, was die Massenkaufkraft stärkt, zugleich aber die Absatzerwartungen des Handels und der Verbrauchsgüterproduzenten und ihrer Zulieferer begründet. In diesem konjunkturellen Kreislauf wird im zweiten Halbjahr 1968 jene zusätzliche Nachfrage entstehen, die die Initialzündung des vorangegangenen öffentlichen Konjunkturprogramms endgültig in eine Dauerwirkung privater Unternehmerinitiative überführen kann.“ In diesem Zusammenhang ist es angebracht, an die hier bereits zweimal erhobene Forderung zu erinnern, wonach Arbeitgeber, Bundesregierung und Bundesbank das Nachziehen der Löhne und Gehälter in einer späteren Konjunkturphase tolerieren und demgemäß auf die öffentliche Meinung einwirken sollten<sup>5)</sup>.

Die *Industrieproduktion* lag im Frühjahr 1968 um etwa 10 vH über dem Rezessionsstief vor einem Jahr. Das Niveau des Frühjahrs 1966 wurde jedoch erst um 2 bis 3 vH übertroffen. Den infolge der Krise von 1966/1967 entstandenen Produktionsausfall der Industrie beziffert Prof. Gleitze mit sechs Wochenproduktionen. „Umsatzmäßig erreicht dieser Ausfall mindestens die wirtschaftlichen Einbußen, die Frankreich durch die jüngsten revolutionären Ereignisse durch den Generalstreik erlitten hat.“

Nachdem die *Bautätigkeit* wegen des relativ ungünstigeren Wetters im 1. Vierteljahr

1968 unter dem Vorjahrsniveau lag, belebte sie sich im April rasch und beträchtlich; die Produktionsleistung des Bauhauptgewerbes stieg gegenüber April 1967 um 15 vH. „Die Sicherung eines über das ganze Jahr hinweg anhaltenden Wachstums ist aber vor allem wegen der unsicheren Finanzlage der Gemeinden bedroht.“ So beurteilt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (in seinem Wochenbericht vom 20. 6. 1968) die Aussichten der Bauwirtschaft. Die gesamten öffentlichen Investitionen müßten nach der — in diesem Punkte unverändert gebliebenen — Zielprojektion der Bundesregierung um 11 vH zunehmen, die Sachinvestitionen der Gemeinden sogar um rund 14 vH. „Bei der Haushaltslage der Gemeinden werden (aber) ihre Ausgaben für Sachinvestitionen — vor allem für Bauten — erheblich hinter den projizierten Zahlen zurückbleiben; der Zuwachs wird nach dem bisherigen Erkenntnisstand gerade 5 vH betragen.“ Ein Vorgriff auf die Finanzreform — die zur Zeit auf der Grundlage von Regierungsentwürfen parlamentarisch beraten wird und zu deren Hauptzielen eine Verbesserung der Gemeindefinanzen gehört — wäre deshalb gerade in den nächsten Monaten zur Stützung der Konjunktur sehr zu empfehlen.

Ende Mai wurden von den Arbeitsämtern noch 264 700 *Arbeitslose* registriert, 193 800 weniger als vor Jahresfrist. Die Arbeitslosenquote ging von 2,1 vH auf 1,3 vH zurück. Mit knapp 500 000 war die Zahl der offenen Stellen fast doppelt so groß wie die Arbeitslosenzahl. Nicht selten wird in diesem Verhältnis bereits ein Zeichen der Vollbeschäftigung oder gar einer erneuten Überbeschäftigung gesehen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat solche Schlußfolgerungen ausdrücklich als falsch bezeichnet. Bei den Stellenangeboten handele es sich nämlich nur zum Teil um tatsächlich freie Arbeitsplätze. Außerdem sei zu berücksichtigen, daß die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer im März mit 951 000 um 363 000 niedriger war als Mitte 1966. Jedenfalls „kann von einer Anspannung am Arbeitsmarkt zweifellos keine Rede sein, solange sich die Lohnentwicklung in einem so engen Rahmen bewegt, wie gegenwärtig in der Bundesrepublik“, stellt das Bundeswirtschaftsministerium in seinem Ende Juni vorgelegten Wirtschaftsbericht fest.

#### *Starke Einfuhrexpansion*

An dem Wirtschaftsaufschwung profitieren auch die ausländischen Volkswirtschaften. Die Einfuhr war im April um 17,4 vH und in den ersten vier Monaten dieses Jahres um 16 vH höher als in den entsprechenden Zeiträumen des Vorjahres; damals war die Einfuhrentwicklung allerdings rückläufig gewe-

5) Siehe GM, H. 1/1968, speziell S. 5 f. und H. 4/1968, speziell S. 364.

sen. Der hohe Einfuhrbedarf hat vor allem in der Wiederauffüllung der Vorratslager seine Ursache. So nahm die Einfuhr von Rohstoffen im Zeitraum Januar/April 1968 gegenüber der gleichen Vorjahrszeit um 20,5 vH zu, die Einfuhr von Halbwaren um 34,3 vH und die Einfuhr von Fertigwaren-Vorerzeugnissen um 29,6 vH. Dagegen blieb die Einfuhr von Fertigwaren-Enderzeugnissen mit + 8,9 vH zurück.

Die Ausfuhr, die im 1. Vierteljahr 1968 um 12,3 vH höher war als ein Jahr zuvor, schwächte sich im April ab; das Vorjahrsniveau wurde nur um 3,1 vH übertroffen. Obwohl das Ausführergebnis für den Monat Mai noch nicht vorlag, ist zu vermuten, daß die Abschwächung im April vorübergehend war. Aus Daten, die die Bundesbank zur Zahlungsbilanzentwicklung Anfang Juli veröffentlichte, läßt sich nämlich entnehmen, daß der Ausführüberschuß im Mai mit 1,3 Mrd. D-Mark wieder höher war als im April (1,1 Mrd. DM). Für den gesamten Zeitraum Januar bis Mai 1968 ergab sich ein Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von 6,74 Mrd. D-Mark. Das ist nicht allzuviel weniger als vor einem Jahr; damals betrug der Ausführüberschuß in den ersten fünf Monaten 7,46 Mrd. DM. Es ist damit zu rechnen, daß der in der Jahresprojektion für 1968 geschätzte Außenhandelsüberschuß von 13,7 Mrd. DM erreicht werden wird.

#### *Kein Grund zur Aufwertung der D-Mark*

Das ist ein hoher Betrag. Nach Ansicht der Bundesbank benötigen wir aber einen Überschuß in der Handelsbilanz von 12 bis 13 Mrd. DM jährlich, um die Defizite in der Bilanz der Dienstleistungen (z. B. Reiseverkehr) und der Übertragungen (z. B. Überweisungen der ausländischen Arbeitskräfte in ihre Heimat, Zahlungen an die EWG und internationale Organisationen, Wiedergutmachungsleistungen), auszugleichen und außerdem einen Kapitalexport von jährlich 5 bis 6 Mrd. DM zu ermöglichen. Diese Auffassung vertrat der Direktor der Bundesbank Dr. Emminger auf der Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie am 10. Juni in Berlin. Seine Schlußfolgerung: Die Deutsche Mark wird nicht aufgewertet.

#### *Höhere Preise durch Mehrwertsteuererhöhung*

Am 1. Juli 1968 wurde die Mehrwertsteuer trotz der Proteste von verschiedener Seite, u. a. der Gewerkschaften, von 10 auf 11 vH, bzw. der ermäßigte Satz von 5 auf 5,5 vH, heraufgesetzt. Natürlich läßt sich noch nicht übersehen, inwieweit die Verbraucherpreise hierdurch erhöht werden. Bereits

die Umstellung der Umsatzsteuer auf das Mehrwertsteuersystem, die theoretisch zu keiner Erhöhung des Preisniveaus führen sollte, hatte indessen eine Verteuerung zur Folge, die von der Bundesbank auf 0,8 vH geschätzt wurde. Dies, obwohl die Verbrauchskonjunktur zu Beginn des Jahres noch im tiefen Tal lag und der Wettbewerb infolgedessen besonders scharf war. Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, daß die Heraufsetzung der Mehrwertsteuer in den nächsten Monaten fast überall voll auf den Verbraucher abgewälzt werden wird. Das wird meist nicht sofort erfolgen, sondern vielfach erst mit der Herbst- und Winterware, und die Überwälzung wird nicht selten kaum bemerkt werden. Denn der Handel wird nicht alle seine Preise erhöhen, sondern nur einen Teil, diesen aber um mehr als 1 vH. Mitunter werden auch die Sonderangebote nicht mehr so niedrig wie bisher festgesetzt werden. Die Mischkalkulation erlaubt diese Möglichkeiten — und welcher Verbraucher kann sie überschauen. Auf jeden Fall wird er aber die höhere Steuerlast zu tragen haben.

Um so bedauerlicher ist es, daß das von Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller beabsichtigte Verbot der Preisbindung der zweiten Hand von der CDU/CSU strikt abgelehnt worden ist. Denn die Beseitigung der Preisbindung hätte den Verbrauchern bei den bisher gebundenen Waren erhebliche Preisermäßigungen gebracht, wie dies bei einer Reihe von Waren, deren Preisbindung in letzter Zeit zusammenbrach, der Fall gewesen ist. Diese Preisvorteile für den Verbraucher hätte die Erhöhung der Mehrwertsteuer wenigstens zum Teil ausgleichen können. Aber mit Rücksicht auf ihren Unternehmerflügel war die CDU/CSU nicht einmal zu einer Kompromißlösung bereit, bei der die Preisbindung nicht verboten, sondern einem Genehmigungsverfahren unterworfen werden sollte. Deshalb mußte die Verabschiedung der Kartellnovelle durch das Bundeskabinett verschoben werden. Vielleicht entdeckt die CDU/CSU bis zum Herbst, daß sie überwiegend von Verbrauchern mit kleinen und mittleren Einkommen gewählt wurde — oder aber die Verbraucher bemerken, daß ihre Interessen hier jedenfalls nicht von der CDU/CSU wahrgenommen werden.

#### *Milliarden zur Stützung des Milchpreises*

In geradezu skandalöser Weise werden Verbraucherinteressen — und wird die volkswirtschaftliche Vernunft — mitunter in der Agrarpolitik mißachtet. Wir haben in den letzten Jahren schon mehrfach im Rahmen dieser Berichterstattung darauf hingewiesen. Ein besonders krasses Beispiel hierfür ist die neue EWG-Marktordnung für Milch und Milcherzeugnisse, die am 1. Juli in Kraft ge-

treten ist. Seit längerer Zeit ist die Erzeugung von Milch und Milchprodukten höher als der Verbrauch, so daß erhebliche Mengen an Butter eingelagert worden sind. Dennoch wurden Richtpreise für Milch und Butter festgelegt, die zu einer weiteren Ausweitung der Erzeugung anreizen. Experten schätzen, daß der Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch nur bei einem Preis möglich wäre, der um 5 bis 7 Pfennig unter dem Richtpreis von 39 Pfennig je Liter Milch (ab Hof) liegt. Statt einer wenigstens teilweisen Preissenkung erfolgt die Stützung des Richtpreises durch eine umfassende Marktordnung. Sie sieht sogar eine Erhöhung des Margarinepreises vor, von der sich die Bundesregierung vorläufig durch die Zahlung von rund 120 Mill. DM aus dem Bundeshaushalt an den EWG-Agrarfonds „freigekauft“ hat.

Es ist damit zu rechnen, daß die Stützung des Milchpreises durch die EWG-Milchmarktordnung im Jahr etwa 3 Mrd. DM oder noch

mehr kosten wird. Staatssekretär *Grund* vom Bundesfinanzministerium hat kürzlich darauf hingewiesen, daß es beim „Butterberg“ nur 3 bis 4 Jahre dauere, „bis die Interventionskosten (Lagerung, Wartung und Wälzung, Transporte) den Warenwert erreicht hätten“<sup>6)</sup>. Er befürchtet, daß insbesondere infolge der neuen EWG-Milchmarktordnung die Ausgaben des EWG-Agrarfonds von etwa 5,3 Mrd. D-Mark im Wirtschaftsjahr 1967/68 auf 10 Mrd. DM oder mehr im Wirtschaftsjahr 1968/1969 ansteigen werden. „Weitere zusätzliche Kosten durch Schaffung neuer Marktordnungen seien dabei noch nicht abzusehen.“ Interessant ist in diesem Zusammenhang der Hinweis des Staatssekretärs, daß die Bundesrepublik in den Garantiefonds fast dreimal soviel zahle, als sie aus ihm zurückvergütet erhalte, während Frankreich doppelt soviel herausbekomme als es hineinzahle.

*Günter FehI*

6) Bulletin der Bundesregierung vom 22.5. 1968, S. 555.